

Neuer

Social-Demokrat.

Redaktion u. Expedition
Berlin,
Dresdenerstrasse Nr. 62.

Befellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem Crediteur, entgegengenommen.
Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 4 Sgr. berechnet. Arbeiter-Annoncen die dreispaltige Zeile oder deren Raum 2 Sgr.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Für die Monate Mai und Juni kann jetzt auswärts bei sämmtlichen Post-Anstalten auf den

„Neuen Social-Demokrat“

abonnirt werden. Auch für Berlin beginnt ein Monatsabonnement, und nehmen alle Expeditionen und die Expedition des Blattes Bestellungen entgegen. — Wir ersuchen daher die Parteigenossen, diese Gelegenheit zu einem möglichst zahlreichen Abonnement zu benutzen, um Irrthümer der Postbeamten zu vermeiden, ausdrücklich den „Neuen Social-Demokrat“ in Berlin zu bestellen.

Die Redaktion.

Wiederum ein Ausnahmegesetz.

Als vor zwei Jahren der deutsche Reichstag das sogenannte Jesuitengesetz zu Stande brachte, da waren wir es, die sofort erklärten, daß es ein solches freies Volk nicht würdig sei, wenn Ausnahmegesetze erlassen würden, obgleich jenes Ausnahmegesetz Personen betraf, welche der Social-Demokratie durchaus entgegenstrebten durch ihr ganzes Auftreten.

Wir sind nun heute in der Lage, bei dem sogenannten Kirchendienergesetze dieselbe Erklärung abzugeben; das Kirchendienergesetz nämlich bestimmt in einzelnen Fällen die Landesverweisung für solche Priester, die nach ihrer Absetzung durch den Staat noch kirchliche Handlungen vornehmen.

Also hier haben wir ein Ausnahmegesetz der allerhöchsten Art. Keine anderen Personen können bis jetzt durch die Staatsgewalt nach irgend einem Gesetze der Rechte des Vaterlandes beraubt werden, als nur die Kirchendiener. Wenngleich uns nun die katholischen und evangelischen Priester nicht sonderlich Ehrsucht einflößen, wenngleich wir wissen, daß es diesen Leuten auch meistens darum zu thun ist, das Volk zu beherrschen, und wenngleich sie die Lehren des großen Nazareners, dessen Diener sie sein wollen, nicht in seinem Geiste und Sinne lehren und so den Volksgeist zu verwirren suchen, so erklären wir uns doch gegen dieses Gesetz, und zunächst deshalb, weil es ein Ausnahmegesetz ist, dann aber auch, weil wir die Verweisung aus dem Vaterlande für eine Strafmittel, die niemals in kultivirten Ländern verhängt werden dürfte.

Wenn die Vaterlandsverwiesenen wirkliche Verbrecher und schlechte Menschen sind, so streift es gegen das Rechtslichkeitsgefühl, diese Verbrecher und schlechten Menschen anderen Nationen zuzuschicken; sind sie aber keine Verbrecher, so darf man sie wiederum des Vaterlandes nicht berauben.

Wenn alle anderen Nationen das Dekret erließen — und sie hätten wahrlich ein gutes Recht dazu — daß dem aus Deutschland Ausgewiesenen keine Freizeittätigkeit bei ihnen gewährt werden dürfte, wohin sollten diese Vaterlandslosen sich wenden?

Aber wir glauben auch, daß Jedermann, selbst der schlimmste Verbrecher, das Recht haben sollte, in dem Lande, wo er geboren, auch zu sterben.

Die Social-Demokraten im Reichstage haben nun auch selbstredend gegen das Gesetz gestimmt; es ist ihnen aber leider nicht gelungen, bei den Verhandlungen über dasselbe zu Worte zu kommen.

Die Social-Demokraten, sie hatten Mittel und Wege angegeben, auf welche Weise die Macht des Pfaffenthums am leichtesten zu brechen sei. Solche Ausnahmegesetze nähern auf die Dauer nichts, das wissen wenigstens die Geschichtler unter den liberalen Abgeordneten, deren einer, Miquel, im Privatgespräche ausdrücklich erklärte, daß dies Gesetz nur gemacht wäre, um die Kerisfaken überhaupt zu einem Kompromiß zu zwingen, dann würden die Regierung und seine Partei derlei Gesetze gern wieder annulliren. Man sieht also, daß es nicht einmal völliger

Will man aber wirklich die Macht der Pfaffen brechen, so schaffe man ein anderes Preßgesetz, als das neu entstandene; so schaffe man ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsgesetz, so schaffe man wahre, freie Volksschulen!

Lynt man Solches nicht, so geht daraus hervor, daß den Mächtigen dieser Welt der Druck, den das Pfaffenthum nach oben ausüben will, allerdings unbedauerlich ist, daß sie aber den Geistesdruck gerne sehen, den die Pfaffen nach unten, auf das Volk, ausüben.

Wir haben aber gesehen, und zwar bei Betrachtung des Preßgesetzes, daß die „Staatspfaffen“, die Anhänger der unfehlbaren Regierungsgewalt im Reichstage, die freie Presse noch viel weniger vertragen können und haben wollen, als die Anhänger der Unfehlbarkeit des Papstes.

Wenn man nun aber in Deutschland einmal Ausnahmegesetze machen will, und wenn man dabei betont, daß dieselben nur der ungeheuren Macht wegen, welche die katholische Hierarchie auf dem Erdball entwickele, geschaffen würden, damit diese Macht den Staat nicht untergrabe, so könnten wir noch andere Elemente, gegen welche Ausnahmegesetze besser am Plage wären, anführen. Die Gründer und Schwindler, die Bankrotteure, die Männer, welche in kurzer Zeit riesenhafte Kapitalien ansammeln, wobei sie, wie Professor Schmoller citirt, „mit dem Aermel am Zuchtstabe vorbeistreichen“, sie untergraben den Staat, sie untergraben die Moral und die Sitte, sie untergraben das Volkwohl, und gegen diesen Auswuchs der Gesellschaft ist noch kein Gesetz erlassen!

Warum ist kein Gesetz erlassen gegen dieselben? Weil das Kapital die Hauptmacht in allen modernen Staaten bildet, und diese Hauptmacht übt auch ihren bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung aus.

Die Ausnahmegesetzgebung aber wird sich höchst wahrscheinlich noch ausdehnen auf diejenigen, welche die Kapitalmacht bekämpfen, auf die Social-Demokraten. Werden nicht schon jetzt gerade auf sie die bestehenden Gesetze mit einer Strenge angewandt, wie bei keiner anderen Partei?

Doch immer vorwärts — der katholische Klerus wird unterliegen oder „eingefangen“ werden, er kämpft für ein altes verrottetes Prinzip, die Socialisten aber werden siegen, da sie für die Wahrheit und für die Zukunft der Menschheit kämpfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. April.

Der deutsche Reichstag ist den 26. April geschlossen worden; die Thronrede, welche der Kaiser selbst verlesen hat, enthält nichts weiter, als daß die verbündeten Regierungen mit dem Reichstage, besonders mit seiner Haltung in Bezug auf das Militärgesetz, zufrieden sind. Dieses Lob ist allerdings für eine Volksvertretung unter Umständen ein recht zweifelhaftes.

Am 24. und 25. April erledigte der Reichstag das Kirchendienergesetz, über welches der heutige Leitartikel handelt, und das Preßgesetz. Die gewerblichen Schranken sind allerdings gefallen, aber die polizeiliche Verschlagnahme, der Zwang des Redakteurs ist geblieben und andere Vorschriften in Bezug auf die Preßvergehen und Preßverbrechen sind noch verschärft worden. Die Fortschrittspartei hat für beide Gesetze, welche die Freiheit in hohem Maße beeinträchtigen, gestimmt. Die „Volkszeitung“ bringt über die Abstimmung über das letztere Gesetz folgende bitter-süße Entschuldigung: „In der Zwangslage, in welcher der Reichstag unter dem Einfluß ganz unnatürlicher Verhältnisse sich befindet, haben selbst die Mitgl. der Fortschrittspartei sich genöthigt gesehen, das verschlechterte Preßgesetz mit dem aufricht erholtenen Zwangswang des Redakteurs, mit der Ausdehnung der polizeilichen Verschlagnahme anzunehmen, um wenigstens jene schließlichen Fesseln fallen zu machen, welche die Entwid-

lung der Presse in Preußen so lange aufgehalten haben.“ — In soweit sind die „idealen“ Politiker des Fortschritts schon gesunken, daß sie für den Wegfall der Cautions- und der Stempelsteuer die Freiheit des Geistes opfern. Nun, der Mammon herrscht in der heutigen Gesellschaft und becinflusst mit seiner widerwärtigen Macht alle Verhältnisse und alle die schwächlichen und abhängigen Politiker. Dem Vortheile der Verleger sind die Redakteure und Schriftsteller von den Fortschrittlern, Liberalen und Konserverativen zum Opfer gefallen.

In Lothringen scheint die dortige Bevölkerung nicht mit dem daselbst gegenwärtig in Anwendung gebrachten Systeme einverstanden zu sein. Man beklagt sich nämlich in Metz und anderen Orten des Landes über die stiefmütterliche Behandlung, welche das Straßburger Oberpräsidium dem lothringischen Theile der Reichslande angedeihen läßt. Dräben in Deutschland, so sagt man, geschieht weit mehr für die Hebung des Verkehrs und Handels, der Schule und des Unterrichts, dort ist man freigebiger mit Geldunterstützungen, wenn es sich um die Förderung gewerthätiger Unternehmungen handelt. — Hier zu Lande liegt dagegen noch Alles recht im Argen, Handel und Wandel nehmen ab, der Unterricht ist mangelhaft. Die Verhältnisse auf dem Lande erinnern an gewisse Gegenden Westpreußens und Posen, wo die Mischung zweier Nationalitäten, kirchlicher Aberglaube und allgemeine Indifferenz der Bevölkerung ähnliche Verhältnisse geschaffen haben. In Metz selbst sieht es nicht besser aus. Es ist ein zweites Potsdam geworden, ohne dessen Vorzüge zu besitzen. Die Einheimischen und das deutsche Militär beobachten nach außen hin eine reservirte Haltung, die eingewanderte Civilbevölkerung — meist aus Beamten bestehend — ist bislang ohne jede Bedeutung für die Stadt gewesen; die Gründung eines Vorkehrvereins mußte natürlich verunglücken, der Konsumverein fährt selbstredend ein jämliches Dasein und verursacht seinen Mitgliedern immer neue Kosten; andere gemeinnützige Vereinigungen fanden so gut wie keinen Anklang; manche deutsche Spekulant hinterließen üble Nachrede, als sie unter Zurücklassung von Schulden die Stadt verließen — kurzum, die Zustände in Metz sind gegenwärtig so unbedauerlich und unerquicklich, wie möglich, ohne daß bessere Zeiten zu hoffen wären. Was hist's, wenn das amtliche Blatt berichtet, daß die Zahl der Todesfälle in Metz seit 4 Jahren von 3249 auf 1672, 1236, bezw. 1045 im vorigen Jahre gefallen sei? Diese Zahlen beweisen gerade, was Metz während des Krieges zu leiden hatte und wie sehr es seitdem an Bevölkerung verlor. — Die Presse außerdem befindet sich gerade auch nicht in der angenehmsten Lage. Kurz und gut, unsere Herren National-Liberalen werden vielleicht bei solchen Nachrichten doch ein wenig stupig werden, denn „es ist nicht Alles Gold, was glänzt.“

Die Verhaftungen von Communards in Paris sind noch fortwährend an der Tagesordnung. So wurde Anfang voriger Woche in dem Café der Dammstraße (rue des dames) 61 der ehemalige Divisionsgeneral Jules Element verhaftet. Derselben war es nämlich gelungen, nach dem Sturz der Commune daselbst als Kellerer von allen Nachforschungen unbehelligt zu bleiben. Den Tag zuvor war schon ein anderes ehemaliges Mitglied der Commune verhaftet worden, welches erst kürzlich von London nach Paris gekommen war. Der Name des Verhafteten ist uns bis jetzt unbekannt geblieben. Ueberhaupt werden solche Verhaftungen von der Pariser Polizei in äußerster Stille abgemacht. Ueber 3 Jahre dauern nun schon die Communards-Jagden und noch haben sie kein Ende erreicht. Wohlthätig, eher kann der Blutdurst der wildenen Rauhhaare gestillt werden, als die unerföhlliche Gefährlichkeit, welche die französische Regierung für die Communards zeigt.

In den verschiedenen Kohlenbezirken Englands dauert der Kampf zwischen den Arbeitern und Fabrikanten noch fort, da letztere trotz der immerwährend steigenden Preise der Lebensmittel keine Zulage nicht

Bereins-Theil.

An die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Bereins.

Die diesjährige Generalversammlung nimmt bekanntlich den 26. Mai ihren Anfang; sie findet in Hannover statt. — Das Nähere wird noch den Mitgliedern im Laufe der Zeit mitgeteilt.

Der Präsident: Hasenclever.

Berlin, den 27. April 1874.

Am 25. April stand der verantwortliche Redakteur des „Neuen Social-Demokrat“, Herr C. Becker, vor der 2. Deputation des hiesigen Kriminalgerichts. Derselbe war angeklagt auf Grund des § 57 des Preßgesetzes, weil er als verantwortlicher Redakteur von dem 3. Hefte der beiden Artikel vor ihrer Veröffentlichung nicht Account genommen hatte. Als Verfasser dieses Artikels in Nr. 21 bekannte sich der Präsident des deutschen Streikvereins, Herr Jobst. Der Staatsanwalt beantragte gegen Habel 6 Monate Gefängnis, gegen Becker 600 Thaler Geldbuße. Nach der Selbstverteidigung der Angeklagten wurde Habel zu 3 Monaten Gefängnis, Becker zu 150 Thalern Geldbuße, wovon 30 Tagen Gefängnis, verurtheilt, und die Ueberrückmachung des in dem Artikel angeführten. Bezüglich des Artikels in Nr. 28 erfolgte Freisprechung.

Hilfrow, 19. April. (Die Gewerksvereine.) Am Sonntag, den 12. d., hatten wir das Vergnügen, die Gewerksvereine Herrmann und Landgraf aus Berlin in einer öffentlichen Ortsvereinsversammlung sprechen zu hören. Das Bureau war nicht zu erlangen, indem sich die Herren hinter ihren Vereinsstatuten verschaut hatten. Zuerst sprach Herr Volkmann, der einmal wieder thätig auf die Social-Demokraten schimpfte, worin es von dem hiesigen Polizistengewalt unterbrochen und ihm bedeutet wurde, daß er sich nur auf socialdemokratische Reden beschränken dürfe. Ein anderer Herr konnte unsere Interpellationen nicht genügend beantworten, sondern entschuldigte sich jedesmal, daß er die Politik nicht verstände, sonst würde er uns genügende Antwort geben. Nach diesem sprach Herr Landgraf über die Tendenzen der Gewerksvereine, konnte er jedoch nicht unterlassen, einige giftige Pfeile auf unsere Partei loszulassen. Namentlich beschuldigte er uns, daß wir die Teufel und Hölle der Welt erfindeten. Herrmann schloß sich zum Wort. Großer Tumult entstand dadurch und Schlußrufes Seitens der Anhänger der Gewerksvereine wurden laut. Aus den entschiedensten Forderungen unserer Partei gelang es, daß die Herren ihre Schlußrufe in Weiterreden verwandelten. Redner drückte seine Bewunderung darüber aus, daß in einer öffentlichen Versammlung einer lokalen Ortsvereinsversammlung nur Beschuldigungen und Verwünschungen gegen die socialdemokratische Partei, bezw. er angehört, geäußert würden. Ihm wolle es scheinen, als ob man einen neuen Paragraphen einbringen wolle, welcher die Mitglieder der Gewerksvereine am Uebergehen in die socialdemokratische Lager hindern solle. Herrmann mußte er gegen die Verwünschungen protestieren, daß die Social-Demokratie eigenlich wolle. Nachdem Herr Landgraf sich nur mit einem eigentümlichen Lachen vertheidigen konnte, und noch einige Drohungen gegen unsere Partei schleuderte, wurde die Versammlung geschlossen. Wir trennten uns unter dem Gesang der Arbeiter-Marschälle. Mit socialdemokratischem Gruß H. Döbereiner.

Hofstadt, 13. April. (Volksversammlung. Gründliche Niederlage der Gewerksvereine.) Am 7. April tagte hier der Provinzialkongress der Zimmerer, Maurer und Steinhauelei beider Provinzen in der Medlenburg. Vertreter waren 36 Städte durch 47 Delegationen. Da nun Herr Paul Grottel und Herr Otto Kapell zu diesem Zwecke anwesend waren, beriefen wir zu gleicher Zeit, am 8. April, eine große Arbeiterversammlung nach dem Lindenhofe ein. In's Bureau wurden die Herren Buchhagen und Wägle als Vorsitzende und Unterzeichnete als Schriftführer gewählt. Die Herren Grottel und Kapell referirten in vorläufiger Weise über die Tagesordnung: Bildung macht frei! Da nun durch irgend einen Zufall die Herren Volkmann und Landgraf aus Berlin auch hier anwesend waren, um die Orts- resp. B.-L.-dangevereine, welche schon ziemlich von hier verschwunden sind, durch eine gewaltige Rede zu ergründen, und dieselben auch in unserer Versammlung waren, wurden sie nach dem Referate wiederholt vom Vorsitzenden zum Widerlegen aufgefordert. Aber vergebens. Eine ernste Rüge, daß die Herren einen offenen Kampf scheuten und sich dadurch als feig charakterisirten, half nichts. Die Versammlung, durch die gelegenen Vorträge begeistert, trennte sich dann unter dem Gesange der Marschälle. Da wir ein Bild aus dem Himmel, sah man am nächsten Tage große Plakate an den Ecken angebracht, daß an demselben Tage, also am 9. d., eine Versammlung im Livoli stattfinden solle, unter Leitung des verstorbenen Ortsvereinsvorsitzenden. Tagesordnung war: 1) Der Unterschied zwischen den Gewerksvereinen und den socialdemokratischen Arbeiterorganisationen. Referent: Herr Volkmann. 2) Widerlegung der Angriffe, die der socialdemokratische Agitator Herr Kapell gegen die Bildungsvorrede in der letzten Versammlung auf dem Lindenhofe ausgesprochen hat. Referent: Herr Landgraf. Hierzu waren alle dafür interessierten als Gäste eingeladen, besonders die Herren Arbeitergeber. Jetzt geht es, auf dem Posten zu sein; binnen wenigen Stunden waren unsere Parteigenossen alarmirt, und es zeigte sich, daß wir am Platze waren; es mochten wohl an 2000 Mann anwesend sein, wovon fast zwei Drittel der Anwesenden zu unserer Partei gehörten. Die Bureauwahl wurde verweigert. Man versammelte uns auf das Plakat und das Geschäftsreglement des Ortsvereins. Ein Antrag, vom Unterzeichneten eingebracht, worin nur eine halbe Stunde Redezeit jeder Referent haben sollte, um eine Interpretation zu ermöglichen, wurde, weil derselbe von keinem Mitgliede der Ortsvereine war, nicht zur Abstimmung gebracht. Trotz dieser Zutrittsgrenzen und angereicherter Rationierung, die diese Herren in Scene setzten, trotz ihrer Verdringung des Socialismus und ihren gewöhnlich persönlichen Angriffen und Verwünschungen, wolle es ihnen doch nicht gelingen, die Sympathie der Versammlung für sich zu gewinnen, und als sie nun gar von Landfriedensbrüchigkeit fesselten und uns der Politik den Rücken zuwenden wollten, gab sich der Ummuth der Versammlung laut zu erkennen. Die Herren D. Kapell und Buchhagen, obgleich zusammen auf nur 33 Minuten Redezeit beschränkt, leuchteten die Anhänger von Schulz-Deißsch und Mar

Herrn aber so gründlich beim, daß ihre Niederlage unläugbar war. Unter anhaltendem Bräusen und bei engeren 12 Reden. Unter socialdemokratischer Führung durch diese Versammlung bedeutend hier gewonnen haben wir einen guten Platz entgegen. Die B.-L.-dangevereine, obgleich unsere Gegner gern gesehen hätten, wenn die Angehörten wä, trennte sich unter dem Gesange der Arbeiter-Marschälle.

Braunshweig, 20. April. (An die Parteigenossen unserer Stadt.) Hiermit mache ich sämtliche Parteigenossen darauf aufmerksam, daß es wichtig ist, mehrere Mitglieder des Vereins zu bestimmen, unser Parteiorgan zu halten, das dieselbe jetzt in folgenden Restaurationen aus: Herren H. Dotop, Schöppenstedterstr. 18; A. Fiedler, Burgstr. 3; Feide, Marshall 13; Sievers, Wollmühlener, Bäckerstr. 2 und A. Hartmann, Gopferweg. Ich ersuche deshalb sämtliche Braunschweiger Parteigenossen bei diesen Wirthen zu verkehren, die durch das Aushalten unseres Parteiorgans und im Kampfe für die Rechte unterliegen. Weber,

Wismar, 6. April. (Volksversammlung.) Die diesjährige Generalversammlung ab, in der Dresden über die Ziele der Socialdemokratie referirte, wurde dieses durch den stürmischen Beifall der Versammlung unterbrochen. Mit socialdemokratischem Gruß Peter Diehm, Schriftführer.

Frankfurt a. M., 26. April. (Allgemeiner Ausschuss der Verein.) Hiermit werden sämtliche Mitglieder der Delegirtenwahl zur Generalversammlung, welche in der Pfingstwoche in Frankfurt a. M. und am 24. Mai ihren Anfang nimmt, vornehmlich die Zahl, sowie die Namen der Delegirten an das St. Rothenstr. 10, einzuwenden. Im Interesse der Sache ist die einzelnen Mitgliedschaften, es es nur irgend möglich ist, zu gestalten, sich durch einen eigenen Delegirten vertreten zu lassen; wo dies aber der Kosten wegen nicht möglich ist, mögen sich die zur Disposition stehenden Mitglieder vertreten lassen und gemeinschaftlich einen Delegirten ernennen. A. Herold, prov.

Frankfurt a. M., 26. April. (Zum Schreiner- und Holzhandwerker-Verband.) Die Kapitalmacht durch die Maschinen-Arbeitern das Recht der Koalition (Paragraf 152 des Preßgesetzes) freitlich zu machen versucht und trotz der Konkurrenz sind die Streikenden fest entschlossen, den Kapitalmacht angefangenen Kampf siegreich durchzuführen. Alle Vereinstreue sind, da man ihnen nichts Ungefährliches weihen konnte, wieder auf freiem Fuß. Die anderen Kollegen werden ersucht, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. Der Bezug ist streng fern zu halten. G. Döbereiner, Schriftführer.

Hannover, 21. April. (Kampferliste.) Die streikenden Kampfer sind wieder verschöpft. Immer noch fern zu halten. Weber, Schriftführer.

Hilfrow, 23. April. (Voraufruf der Gewerksvereine.) Da uns Anlaß der in der hiesigen Arbeiterversammlung von Herrn Kapell gehaltenen Rede, welche die Arbeitervereine zu einer solchen Verbindung von unsen Mitgliedern verlangte, jedoch die jetzt auf unsere billigen Forderungen noch nicht eingegangen sind, so bitten wir, da voranschreitend ein Streik finden wird, unsere Kollegen, den Bezug fern zu halten, und unsere Forderungen bewilligt werden, so wir dieses sozlig mittheilen. B. Glöckner, Schriftführer.

Wir bringen hier die Rede des Herrn Mosta der Correspondenz des Herrn Bahls (V. C.), mehreren Zeitungen der Eisenacher Partei entnommen. Sie lautet:

Es ist uns bei der ersten und zweiten Lesung dieses nicht gelungen, den Worten zu kommen; dennoch ein wissenschaftliches Interesse daran. Sie wissen, socialdemokratische Arbeiterpartei, welche in dieser durch die Abgeordnete vertreten ist, sich in socialdemokratischen und religiösen Fragen nicht trennt. Keine Partei es aber, bei welcher sie ihre Grundsätze so gut vermag, wie bei der gegenwärtigen. Man nennt uns feindsel, Feinde des Vaterlandes und Feinde des Staates, besonders. Nun, es ist doch sehr zu erwägen, welche Partei sich in so scharfer Stellung gegenüber dieser befindet. Ist es bloße Eitelkeit, zu opponieren, oder haben wir rechtige Gründe? Wir sind Gegner des Reichs, das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentirt, unter wie uns gerichtet fühlen, unter denen wir leiden; aber nicht Gegner des Reichs als eines nationalen Ganzen, sondern wir sind nur Gegner jener Einrichtungen und einer solchen Institution ist vor Allem der Willkür gegen den nicht bloß die vorgeschrittenen Liberalen, seit dem letzten Jahre gekämpft haben, gegen den Theil der Partei, welche den Kern des Reichs bildet, und bei der ersten Lesung sogar durch seine Redner demonstriert hat. Wir sind hauptsächlich aus dem Grunde gegen den Militarismus. Wir trennen die vorhererwähnten Fragen nicht, weil wir uns sagen: wozu organisirten Gesellschaft muß auch eine gesunde getrieben werden, in einer solchen Gesellschaft muß jeder seinen Platz finden. — Die wichtigste Frage ist entschieden die wichtigste, wenn wir auch nicht lassen können, daran zu erinnern, daß die Schwierigkeit Lösung des Problems, welche nun durch das Kompromiss ist, von einem Jahrzehnt her datiren, in welchem von ganz gleichen wirtschaftlichen Grundlagen der Geltend der preussischen Fortschrittspartei und der Liberalen gekämpft hat. Vom Jahre 1862 anfuhr der Militärkonflikt; es ist uns überkommen mit so wohlthätigen Einrichtungen des preussischen Staates, die haben ihm kein Ende gemacht. Sie haben ihm vielmehr die Annahme des Kompromisses nur auf sieben Tage tagt. Aufgehoben ist nicht aufgehoben, und ich will Socialist, daß es in dieser Session schon gelungen ist, die Knoten zu lösen; wie sind die Welt nicht so gelassen, als man uns unterschieden möchte, daß ich das besonders in der Presse unserer Partei gegenwärtig zeichenshaftig genug beobachtet wird, um uns zu stellen, die Ehrlichkeit unserer Absichten Allen vorzulegen. Inwieweit jeder Partei giebt es Erfahrungen voranzuführen, die sich wenig darum kümmern, was

nur gewähren, sondern die bisherigen Löhne bedeutend herabgesetzt haben wollen. Einen Nutzen allerdings wird dieses hartherzige Verfahren der Fabrikanten haben, nämlich die Arbeiter in immer größerer Anzahl und mit erneuertem Eifer zum Kampfe gegen ihre Tyrannen anzuapportieren.

Nach das Proletariat Italiens fängt jetzt vielfach an, über seine Lage nachzudenken. Nicht nur, daß daselbst mehrere socialistische Zeitungen den Arbeiterstand aufzuklären bestrebt sind, auch thätige Agitatoren treten in den verschiedensten Städten auf. Der erste größere Arbeiterkongress des italienischen Staates hat Anfang und Mitte vergangenen Monats in den Mauern Roms getagt. Besonders waren es die Striker, die der Kongress zur Kernfrage seiner Debatte erklärt hatte. Hoffentlich werden die anderen romanischen Staaten diesem Beispiele Italiens baldigst nachfolgen.

Der deutsche Reichstag hat seine diesmalige erste Sitzungsperiode beendet, und die Herrn Reichsboten können nun vor ihre Wähler treten, um Rechenschaft von ihrer Handlungsweise zu geben. Ueberall ist es die große Masse des arbeitenden Volkes gewesen, welche bei den Wahlen den Ausschlag gegeben; werden nun auch jene Herren Vertreter der bestehenden Klassen, gleichviel welcher Fraktion, diesem Faktor, dem sie ihren Sitz im Reichstage verdanken, Frage und Antwort stehen? Werden sie wohl vor das arbeitende Volk treten? Nein, sie werden es nicht thun. Nur mit einer kleinen Clique von Befreunden werden sie beim Champagner schmausend ihre Beratungen pflegen, wie das von ihnen Geschaffene zur weiteren Knechtung und Ausbeutung des Volkes benutzt werden kann. Ehe man zur Wahl schritt, waren diese Herren in all ihren Reden und Zeitungsartikeln die scheinbar besten Freunde des arbeitenden Volkes; nachdem aber der Wahlsieg errungen, war keine Frage mehr noch den Rechten des Volkes; da galt nur noch das Klasseninteresse, und darin ist denn auch Alles redlich von ihnen geleistet worden. Wenn die Herren Reichsboten auf solche Weise gehandelt haben, dann sollte man aber auch erwarten, von deutschen Männern, von welchen im Reichstage so oft die Rede war, daß sie vor das Volk treten, um zu beweisen, daß das, was berathen und beschlossen, auch vor dem Volk zu vertreten ist. Wenn aber auch die Arbeiter sich die Nähe geben würden, diese Herren einzuladen, in ihre Versammlungen zu kommen, es würde nichts nützen, denn wie wollte man wohl dem Volke gegenüber auch nur eine einzige Frage, z. B. die Kompromißfrage beim Militärgesetz, beantworten? Haben nicht alle Kompromißler hierbei klar gezeigt, daß sie ihren Standpunkt als Volksvertreter aufgegeben, indem sie nicht der Regierung gegenüber das Volksrecht zu vergrößern, geschweige zu erobern, bestrebt waren, sondern das bestehende Recht auf schnelle Weise preisgaben. Diese und ähnliche Thaten werden alle Zeit jene Männer kennzeichnen, und das Volk wird hoffentlich ein Gedächtniß dafür haben; denn nur die Arbeiterabgeordneten standen allein auf ihrem Standpunkt fest.

Der Abgeordnete für den zweiten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Flensburg-Appenrade) hat bei der Debatte über das Kirchendienergesetz im deutschen Reichstage eine Rede gehalten, die das ganze Haus in Aufregung versetzte. Die Clerikalen lachten und jubelten über den nationalliberalen Professor und riefen zum Schluß fortwährend ironisch Bravo demselben zu. Seine Parteigenossen waren ärgerlich über die absurde Rede und sprachen von „dummes Zeug“ und ähnlichen Dingen. Die nationalliberalen Zeitungen allerdings nehmen das Bravo der Katholiken für bare Münze und lassen den Professor trotz seiner riesigen Blamage mit „lebhaftem Bravo“ von der Tribüne treten. Der „Berliner Börsencourier“ aber bringt folgende Notiz:

Im Reichstage hat gestern das Centrum einen Triumph gefeiert, den wir ihm, offen gesagt, nicht gönnen. Welche Rede hat aber auch der von Dr. Falk nach Berlin berufene Professor Hinzschius verfaßt: Gewohnt, wie die Ultramontanen sind, ihre Gegner anzuschmähen, kamen sie gestern plötzlich in die Lage, den Dr. Hinzschius mit Bravo zu überschütten. Auf den Tribünen, wie unterhalb derselben im hohen Saal, herrschte sichtlich diese Bestimmung über die Niederlage des katholischen Anhängers der preussischen Kirchenpolitik. Unter sarkastischem Lärm des Hauses — nicht des Centrum, denn das amüsierte sich — sondern des übrigen Hauses, erstarrte die Rede des Professors. Sie schmeckte in's Unerwartete ab, wobei es zur Verlesung eines Exzerpts aus Zeitschriften kam, die mit dem verhandelnden Gesetze abhört nichts zu thun hatten und dem Parlament und den Tribünen alle Schuld trauten. Nein, Herr Professor, diesen Triumph hätten Sie dem Centrum nicht verschaffen sollen.

Diese Beschreibung der Scene ist wenigstens annähernd wahrheitsgetreu. Wenn die Schleswig-Holsteiner in Zukunft Abgeordnete haben wollen, die sich blamieren, dann müssen sie Leute, wie Hinzschius, wählen.

unter ihnen kommen wird; Niemandem von uns wird es
schon, einem Parteigenossen einen Vorwurf daraus zu
machen, wenn ein vorgezeichnetes Führer falsche Ein-
sichten getroffen hat, aber ebenso erachtet wir es für Recht und
würden es in diesem Sinne für Recht erachtet wissen, nicht
verantwortlich gemacht zu werden für Tödder, welche sie
mit unserer Hilfe zu bedenken (Besatz) Unsere Be-
wegung ist noch so jung, daß man überhaupt nicht eine
wichtige Klarheit erwarten kann. Meine Herren ich sage, der
republikanische Militärsystem ist in das Reich zurückgekommen
und es ist durch das Kompromiß nicht gelöst. Wir vom
republikanischen Standpunkte aus bedauern das auf's aller-
schmerzhaftesten, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen
gegenwärtig leben und von denen man mit Herrn Börg-
er sagte, der Reiz der Gesellschaft habe angefangen, sind
der That so lährend, daß das Volk nicht in der Lage ist,
seine Laster zu tragen an Gut- und Blutverderben. Herr Börg-
er hat in diesem Hause einmal bei einer Geschäftsverhandlung
von einer Hypothek auf unsere Ohren gesprochen: nun
ich sage, das deutsche Volk muß auf dem Plage sein bei die-
ser Lage, denn man braucht nicht eine Hypothek auf sein
Blut, auf sein Blut, auf seinen Soldaten, ja auf künftige
Generationen zu legen. Meine Herren! Der Abgeordnete
welche Rolle hat in der ersten Lesung sich auf Autoritäten
gegen die Willen berufen. Ich berufe mich auch auf eine
Autorität, die sich für die Errichtung einer Land- und Volks-
schule ausspricht, auf Koberger. Millionen von Thälern sind
das Folge des letzten Krieges in deutsche Hände gekommen;
und uns zu militärischen Zwecken verwandt und wir gehen
dem D. nicht entgegen. Herr Graf Rothe hat uns gesagt
daß er ein Staatsrat sei, zu er sitzen und sein Ver-
halten nach Augen zu sichern. Ich sage von sozialistischem
Standpunkte aus, es gibt ein noch viel wichtigeres Recht für
Katholik, welche den Staat bilden, wir verlangen für
Jahrdauern, für den einzelnen Menschen, für den Staats-
körper das Recht, zu bestimmen nach innen, wie nach außen, und
zu erheben wie noch in dritter Lesung unsere Stimmen.
Wir haben zusammen: Das Volk braucht Feinden, das Volk
braucht Brod, und die gewaltige Klüftung, in welcher sich
das Land befindet, deutet nicht auf Frieden trotz der viel-
schreienden Worte des Thronrede; im Gegentheil Verschie-
denheit, was der General von Bismarck sagte, deutet auf ganz
andere Dinge. Wir haben in Deutschland das trans-
parente Bild der Massenorganisation vor Augen; kann das Volk
seine Lasten tragen, die ihm das Reichthum auferlegen muß?
Die Einzelheiten des Gesetzes beschäftigen zu meiner Er-
wägung, was uns immer bestritten wurde, daß der heutige
Gesetz ein Klassenstaat ist, daß die heutige Gesetzgebung ihrer
Natur nach eine Klassenorganisation ist. Dies liegt es klar
auf dem Gesichte, daß, so wie die Dinge liegen, der Militärs-
stand ihren sogenannten Rechtsstaat legen muß. Aus dem
Militärsstaat erwächst den Arbeiterklassen kein Heil. Ich er-
widere nur darauf, daß in Deutschland die jährliche Finanz-
ausgabe von 200 Millionen sich so vertheilt, daß auf den Hof
auf das Militär 85 und für die Schuldverzinsung
100 Millionen entfallen, abgesehen von den anderen Opfern.
Nun geht nun in die Einzelheiten des Gesetzes ein, so-
weit die gänzliche Behebung der Erbschaftssteuer Familien
zu Militärs ist; weiß im Einzelnen nach, daß die pri-
vilegierte Behebung vom Militärdienst den Besitzenden Klassen
erleichtert wird, als den Besitzlosen, fordern das politische
Recht für das Militär, für das es eines der heftigsten
und notwendigsten Erfordernisse ist. Er führt dann fort:
Bismarck ist von liberaler Seite nicht gesehen, um eine
vollständige, vollständige der Errichtung herbeizuführen?
an Stelle des siebenjährigen Kompromisses eine ent-
scheidende Entscheidung zu schaffen? Aus dem einfachen
Grunde, weil heute noch das Wort Lassalle's gilt: es sei eine
deutsche Thatsache, daß jeder Stand das Prinzip, auf dem
ruht, zum Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen
macht. Daraus erklären sich die Verhältnisse dieses Hauses zu
dem Gesetz. Dr. Graf Rothe hat u. A. gesagt: er meine,
Scheit, und sei es auch der Geringsste, für den Staat
wäre, und wäre es auch nur, daß er nicht ganz vergißt,
einen Staat gibt, der für ihn sorgt, ihn schützt, und
ihm wiederum zu schützen berufen ist. Mit tausend
Männern würde unsere Mannschaft zur Waffe greifen, wenn
das die Herr Abgeordneten voll und ganze Wahrheit
sagen. Wenn wir die Verhältnisse betrachten, so finden wir,
daß das möglichste auf einer irdigen Ausstattung beruht;
wenn wir machen ja auch dem Herrn keinen Vorhalt. Jeder ur-
theilt von seinem Gesichtspunkte aus. Damit nun das In-
teresse am Staate wach, muß man in den Staatsbürgern
dasselbe werden; mit Lasten aber, wie sie die Gesetz-
gebung schwächen sie dasselbe im Gegentheil ab. Die öster-
reichische Gesellschaft wird demzufolge mit oder ohne militä-
rische Protection ihres Ansehens entgegenstellen, sie ist be-
reut herin begriffen. Kann es aber Leute, die glauben,
opponieren nicht gedrängt von wirtschaftlichen Grund-
sätzen, sondern nur, weil wir uns zu sehr setzen, als Leute, die
der Arbeitspunkt aufgedrängt haben, wie seien mit den
Grundsätzen von 1866 nicht zufrieden. Niemand ist damit
zufrieden, als weil sie die Unantastbarkeit des Gottes-
dienenums als Anstößig dargestellt haben. Die Einigung
aber da nicht begonnen; die deutschen Stämme waren
nicht einig, sondern nur diejenigen, die sich Represen-
tation derselben zu sein dünkten. Dies Wort von Blut und
Eisen kann leider nur mit Blut und Eisen zusammengehal-
ten werden. Die Bewaffnung eines denkenden Volkes bringt
Gefahr; wenn sie aber jene blutige Politik zu Ende
bringen, haben sie einen gewaltigen Kacelriegel zu gewärtigen,
der sich Romanen und Slaven gegen die Germanen ver-
wenden; dagegen gerüstet zu sein, liegt das Mittel nur
in der Volksbewaffnung, in der Bewaffnung der Intelligenz
gegen die Unintelligenz. Die Diplomatie muß also auf
anderen Wege eine Lösung finden, und wenn sie bei
dem Kompromisse dem Volke gewissermaßen zu-
sagen: „Salve, Caesar, morituri te salutant“, so wird
das Volk das alte deutsche Wort erwidern: „Wilt
ihr uns halten rein. Ich weder Pfaff noch Land-
hirn“. Diesen Standpunkt haben wir gegenüber
der Vorlage wahrhaft wollen.“

der Spezialbewaffnung über § 20 gemacht hat, wir hätten
dann vielleicht auf Raucher näher eingehen kön-
nen. Jedenfalls ist zu erwähnen und rühmend anzuerken-
nen, daß der Abgeordnete Mittler der erste social demo-
kratische Redner ist, der den, freilich nicht glücklichen, Versuch ge-
macht hat, sich mit Argumenten an der Diskussion des
Hauses zu betheiligen.“

Sprechsaal.

Hann, 26. April 1874.

Wie die deutschen Vaterlandvertheidiger von
ihren Vorgesetzten behandelt werden?
Folgender Besatz in unserer Stadt illustriert recht schla-
gend die Zustände, welche neulich der Abgeordnete Ossi-
mann bei der Militärgeheimdebatte über die Behandlung deut-
scher Rekruten zur Sprache brachte. Samstag, den 25. ds.,
hatten mehrere Soldaten des 3. Bataillons vom 80. Infan-
terieregiment Straßburg. Dabei erzählte er sich, daß
der Hauptmann Vornemann von der 8. Kompagnie einen Sol-
daten, ohne irgend einen wichtigen Grund, mit der Degren-
stange über den Rücken schlug, und zwar mit so großer Festig-
keit, daß die Klinge einen förmlichen Halbkeil bildete.
Ein Hauptmann, der Zeuge dieses Rohheit war, ließ diese
Veranlassung ruhig geschehen. Natürlich ertrug ein auf diese
Art mißhandelter Soldat ruhig alle Misshandlungen,
als sich bei den höher stehenden Offizieren zu beklagen über
derartige Behandlung. Ob aber solches Vorgehen seitens
der Vorgesetzten gegen den gemeinen Mann denselben bildet
und für den Militärdienst befähigt, ist eine andere Frage.
Bemerkenswerth ist es noch, daß die Aufnahme dieser Illustration
zum deutschen Militarismus von „Hannovers Anzeiger“
und von der „Hannovers Zeitung“ verweigert wurde.

Löhr.

Das deutsche Programm der Neuzeit.

III.

Die Reichen als Staatsinstitution und als un-
antastbares Gesellschaftsprodukt.
Die Reichen als die Gesamtheit derjenigen Personen
im Staat, welche unter dem Schutze der Staatsinstitutionen
große Jahreseinnahmen genießen und in der Regel auch
große Besitzthümer haben, sind selbst eine Staatsinsti-
tution, in nicht anderem Sinne und nicht geringerer
Grade, trotz aller Anschein der Organisationslosigkeit der-
selben, wie Beamtenerschaft, Priesterkastei und wie das
Kriegsheer. Ka sich ist es ebenso verelbar mit der
Staatsidee und mit den allgemeinen Grundsätzen der Gerech-
tigkeit im Staat, von der Abänderung der Bedingungen
des Vermögens an Sammlung und Einkommensverteilung im
Staat, von Reduktion der Anzahl der Reichen und Ein-
schränkung ihres Besitz, Eigentums Einkommens Fähigkeit
auf ein geringeres Maß zu reden, wie von der Reorganisa-
tion, Einschränkung, Umgestaltung, Abschaffung und Er-
hebung der stehenden Heere, der Bureaucratie, der Jesuiten,
des Pöbels. Die Gesamtheit der Reichen erfüllt aber im
Staat wichtige Funktionen. Es genügt, auf den Antheil
hinzuweisen, den die Reichen in jeder Nation an der Erschaf-
fung oder Hervorbringung und Erhaltung der großen Ver-
kehrs, Kredit, Versicherung, Wohlthätigkeits Anstalten, der
Werke der Kunst und Wissenschaft haben und wie zu obigen
Zwecken, wenn es einer Nation in ihrem Innern an einer
ausreichenden Anzahl reicher Bürger fehlt, diejenigen irgend
einer Nachbar-Nation, welche mit diesen Anstalten ausstehen
kann, einzuführen pflegen. Mehr oder minder beruht auf
solcher Wohlthat aller Handel zwischen der nördlichen und der
südlichen Erdhalbkugel. Während wir in einer Nacht allen unsern
reichen Leuten die Köpfe abschlagen und ihre Familien er-
lösen, so daß ihre ganze Reichthum als erbloses Gut der
Staatskasse anheim fällt, so wäre damit nichts weiter er-
reicht, als daß wir entweder in der Civilisation stehen bleiben
und zurückgehen oder unter die Vorkherrschaft der Reichen
einer ausländischen Nation stellen und dann, daß sich in einer
oder zwei Generationen aus der Masse unserer Nicht-Reichen
neue Geschlechter von Reichen erheben. In dieser Rücksicht
sind die Reichen den immer von Neuem hervorwachsenden
Körper der kernreichen Schicht unvergleichbar, deren Leib aber
in diesem Falle nicht gedödet werden kann, da er das Volk
selbst ist. Die Abschaffung der Reichen durch plötzliche
Willensakte, bald einer von den Göttern losgeronnenen ele-
mentaren Volksgewalt, bald der geordneten Geschichtswir-
kung selbst ist zu widerstehen Malen in furchterlichem, vor-
nichts jenseitig-keinem Gesetze und nicht ohne Achtung ge-
bend: Erbdenkmal des Muthwilligen verflucht worden. Es hat
auch an Anlässen zur Abschaffung der stehenden Heere
und Entziehung derselben durch ein sogenanntes Volkthum nicht
fehlend. Die mehreren Formen des Volkthums, welche 1830,
1848 und später in's Dasein getreten worden, sind ihre
Nichtigkeit wegen rasch wieder verjüngen. Abgesehen von
unserem, noch nicht in letzter Instanz entwichenen, also schwe-
bendem geschichtlichen Prozesse mit der französischen Volks-
und Staatskraft des Romantismus diese für uns zu dieser
Zeit Abschaffung oder Umwandlung unseres stehenden
Heeres nichts anderes, als der ganze des germanischen Volk-
thums sammt aller seiner Civilisation der barbarischen Will-
kür eines Rhaton und der Mongolenhorden Preis geben,
welche neben civilisierten Stämmen in Rußland sitzen. Die
Gefahr eines starken und vorwegnehmenden Theiles der russischen
Bevölkerung, von dem erwartet werden muß, daß er un-
mittelbar nach dem derzeitigen Ableben Kaiser Alexander II.
die Fäden der Regierungsgewalt an sich reißen werde, scheint
nach Allem, was bis jetzt darüber verlautet hat, einfach die-
jenige des Kanthäters zu sein. Dieser Thier wird nicht
zögern, und Deutsche insgesammt, Arme wie Reiche, zu seiner
Beute zu machen, sobald es den Sprung auf und anführen
kann und wagen darf. Ein Nicht-Reicher, ein Arbeiter in
Deutschland zu sein, wird jedem Besonnenen glimpflicher und
erträglicher erscheinen, als derjenige Loos, welches ihm und
Allen unter der Krante der Barbaren ansehbar bedrohende.
Ich theile ganz und gar und ohne den geringsten Rückhalt
das höhere menschliche Ziel, welches diejenigen im
Sinne haben, auf deren Programm die Worte stehen: „Ver-
minderung der stehenden Heere, gegenseitige Entwaffnung,
Organisation der europäischen Staaten in einen Staatenbund,
Sicherstellung des europäischen Friedens und Rechts. Nach-
halt ich es für vollkommen an der Zeit daß die Bestimmungen
nach solchem Ziele mit unauslässlichem Nachdruck sich geltend
machen. Aber das Ziel ist nicht auf unmittelbarem Wege
durch Zerstörung, Verminderung, Schwächung unserer deut-
schen Kriegsheeres und der Kriegsheere anderer oder auch

aller unserer Nachbarstaaten zu erreichen, sondern nur durch
Anbahnung und Bewirkung eines, auf die Salz-
vor europäischen Volks- und Staatsinteressen gegründeten
öffentlichen Rechtszustandes von Europa. Viel-
leicht auf der Stelle geschehen, um diese Voraussetzung zu
unverzügliche Vorbedingung zu erfüllen, und es scheint mir
große Ungeheuer, daß es unterbleibt. Die direkte Agitation
gegen das Kriegsheer heißt, insbesondere in Deutschland, das
Vesed hinter den Bergen spannen. Es kann in wohlmeinender
Absicht geschehen. Wer es thut, ist kein denkender Mensch
oder doch ein unpolitischer Kopf.

In ähnlicher Weise verhält es sich mit allen Projekten
alter socialer Revolution oder Liquidation; auch
im Falle ihres Gelingens. Sie vermögen nichts, als einen
Besatz in den Personen der Reichen herbeizuführen und
ihren an der räumlichen Stelle auf, wo sie angefangen haben.
die Saufsaloten von 1789 ständigen Platonen und Bourgeois
vom reinsten Wasser. Was kann der Menschheit mit solchem
Personenwechsel gedient sein? Der schlechteste Kreis muß
durchbrochen werden. Dazu bedarf es eines neuen und höheren
weltgeschichtlichen Prinzips.

Ein Bild in eine Fabrik.

Johannes Scherr, Professor an eidgenössischen Polytech-
nikum in Zürich, schildert einen Besuch in den großen
Baumwollenspinnereien Zürichs in ergreifender Weise. Er
schreibt: „Schon der entsetzliche Dampf in diesen Sälen und
Korridoren mußte das Herz zusammenknicken. Und diese
weißen Seiden, entzerrt durch den beständigen Aufwind
in einer Dampfathmosphäre, verjumpt durch das ewige Ein-
sel einer maschinenmäßigen Arbeit, — diese armen Leute
mit den gelben, blaugrauen Gesichtern, verdammt, tagtäglich
eine unerbittliche Maschine zu bedienen und dann Abende
vielleicht noch einen Berg von einer Stunde oder sogar zwei
zurückzulegen, um ihr ärmliches Lager zu erreichen, — diese
bleichen, bettelnden Frauen, von Morgens 6 Uhr bis Abends
7 Uhr an die Maschinen erbannt und daneben noch mit dem
Fische beladen, ein strophisches Geschlecht fortzuführen zu
müssen. — O, wahrlich! Groß ist die königliche Industrie und
ihre Herrlichkeit ist kein Ende! Nachdem mich in der Stüt-
zliche des Schlichtesaales fast eine Ohnmacht angegriffen hatte,
betrat ich den großen Webesaal, wo an fünfshundert Stühle
neuester Konstruktion in Thätigkeit waren, mit rasender Ge-
schwindigkeit ihre Schäfte hin- und herüber schiefend
und ein sardisches Getöse verursachend, das mit seiner
schrecklichen Eindringlichkeit das Trommeln zu jenen Tagen
und die Seele betäubte. Mitten in diesem Katastroph
von Maschinenlärm gewahrte ich ein junges Mädchen, welches
einen der Webstühle zu bedienen hatte. Das armuthige Kind
hielt seine großen, dunklen, schweremüthigen Augen ängstlich
auf die Maschine gerichtet und schaute nicht auf, als wir vor-
über gingen. Es drängte mich, still zu stehen und der armen
jungen Sclavin ein fremdliches Wort zu sagen; aber man
gäbe mit der Stimme einer Kanone sprechen müssen, um
hier verstanden zu werden.“

Als wir den Saal verlassen hatten und den Gang zur
Treppe des Webgebäudes hinabgingen, sagte mein Begleiter,
der Professor der Firma, zu mir: „Bemerk, das Kind
(Name) ist Euch angefallen?“ Ich nickte bejahend.

„Aberen Leuten auch, mein Lieber. Kenne das. Wiß,
wie's kommen wird. Noch ein paar Jährchen, wenn's gut
geht, und die Blume wird gepflückt und in den Koth getren-
nen werden. Ist der Lauf der Fabrikwelt so. Aber was
sich Ihr mich denn so erschrocken an? Unschuldige Seelen,
die Ihr seid. Kennt Ihr das Loos junger Fabrikarbeiter-
innen? Das doch wohl schon von einem großen Schick-
salle reden hören, der seine kleinen Privatvergnügungen
recht sinnreich mit der Geschickstheorie zu verbinden wußte.
Hörte von Leuten, die es wissen können, daß der fragliche
Spinnereiberg selbst seine Schächerstunden Intenat zu machen
verstand, indem er den zu besagten Stunden ge-
preßten jungen Arbeiterinnen die veränderte
Zeit am Fabriklohn abzog.“

„Sagt, daß Ihr lügt, um des Himmels willen!“
„Recht, Ihr seid der Erste, der so sagen wagt, Hans B.
sitzt. Wilt's Euch aber klagen lassen, weil ich sehe, daß
Ihr angegriffen seid.“

„Ah ja, ich war angegriffen. Der Staub, der Dampf,
der üble Geruch, das furchterliche Getöse da drinnen, die
verklammerten Menschenmassen und Sclavinnen, endlich die
schreckliche Andeutung, das Alles machte mir das Herz bren-
nen und den Kopf schwindeln.“

Professor Scherr ist bekanntlich kein Socialist, so daß
auch die gegnerische Presse seiner Schilderung keinen
Zweifel entgegenzusetzen dürfte. Aber, ob sie irgend ein Wort
bringen wird? Bis bezweifeln es, da sie ja solche Zustände
für Zustände der Bedingung erklärt und somit wohl Nichts
Aussonderliches an der von Scherr erzählten Thatsachen finden
wird.

Die heutige sociale Ordnung — es ist etwas Verrethtes
mit ihr — und diese wollen die Socialisten umstoßen, diese
verrückten aller Menschen. Sie wollen es abschaffen, daß
die Fabrikarbeiter dem traurigen Loos der Prostitution an-
heimfallen. — Die bösen, schlechten Socialisten und die bra-
ven Liberalen, welche solche Zustände aufrecht erhalten wollen!

Lassalle's Wort.

„Singe, wenn Gelang ergehen!“
Nur Lassalle gilt dies Lied,
Der mit seines Geistes Streben,
Wahrheit und an's Licht beschied;
Beider, stimmte höchlich ein:
Ewig soll sein Name sein! —
Wie der Purpurglanz der Sonne
Sich durchdringt die finst're Nacht,
So verbreitet Lebenswonne
Seiner Worte Raubermacht.
Iub'le laut, o virester Stand,
Fein' Dich, schon wird Licht im Land.
Eh' den Kaiser in Gefangen,
Eh' das Wort, das er erkannt;
Preiß' man doch in Jubellängen
Ost nur ein'ler Erdentand. —
Haltet rein sein Wort und reio;
Nur die Wahrheit steigt allein.
Denn der Böse gift'ge Blüthen,
Ja verführerischer Pracht;
Streit er tödtlich ohn' Erbänden
Unkraut aus in dunkler Nacht —

